

Der Rat**C/56/14****Sechshundfünfzigste ordentliche Tagung
Genf, 28. Oktober 2022****Original:** englisch
Datum: 27. September 2022

**PRÜFUNG DER VEREINBARKEIT DES ENTWURFS DES GESETZES ÜBER DEN SCHUTZ VON
PFLANZENZÜCHTUNGEN VON ARMENIEN MIT DER AKTE VON 1991 DES
UPOV-ÜBEREINKOMMENS***vom Verbandsbüro erstelltes Dokument**Haftungsausschluss: dieses Dokument gibt nicht die Grundsätze oder eine Anleitung der UPOV wieder***ZUSAMMENFASSUNG**

1. Mit Schreiben vom 22. September 2022 an den Generalsekretär der UPOV, das auch am 22. September 2022 eingegangen ist, ersuchte Seine Exzellenz, Herr Vahan Kerobyan, Minister für Wirtschaft, Wirtschaftsministerium der Republik Armenien, um Prüfung der Vereinbarkeit des Entwurfs des Gesetzes über den Schutz von Pflanzenzüchtungen von Armenien (nachstehend der „Gesetzesentwurf“) mit der Akte von 1991 des UPOV-Übereinkommens (nachstehend „Akte von 1991“). Das Schreiben ist in Anlage I dieses Dokuments wiedergegeben. Anlage II enthält eine Abschrift des Gesetzesentwurfs auf Englisch.
2. Der Rat wird ersucht,
 - a) die Analyse in diesem Dokument zur Kenntnis zu nehmen;
 - b) eine positive Entscheidung über die Vereinbarkeit des Entwurfs des Gesetzes über den Schutz von Pflanzenzüchtungen von Armenien mit den Bestimmungen der Akte von 1991 des Internationalen Übereinkommens zum Schutz von Pflanzenzüchtungen zu treffen, die es Armenien ermöglicht, seine Beitrittsurkunde zur Akte von 1991 zu hinterlegen, sobald der Gesetzesentwurf ohne Änderungen angenommen wurde und das Gesetz in Kraft getreten ist; und
 - c) den Generalsekretär zu ermächtigen, die Regierung von Armenien über diese Entscheidung zu unterrichten.

HINTERGRUND

3. Artikel 34 Absatz 3 der Akte von 1991 sieht vor: „Jeder Staat, der dem Verband nicht angehört, sowie jede zwischenstaatliche Organisation ersuchen vor Hinterlegung ihrer Beitrittsurkunde den Rat um Stellungnahme, ob ihre Rechtsvorschriften mit diesem Übereinkommen vereinbar sind. Ist der Beschluss über die Stellungnahme positiv, so kann die Beitrittsurkunde hinterlegt werden.“
4. Armenien leitete das Verfahren für den Beitritt zum Verband mit einer Note vom 15. Oktober 2003 ein, in der die Ständige Vertretung der Republik Armenien beim Büro der Vereinten Nationen und anderen internationalen Organisationen in Genf den Rat um Stellungnahme hinsichtlich der Vereinbarkeit des „Gesetzes der Republik Armenien über den Schutz von Züchtungsergebnissen“ (Gesetz) mit der Akte von 1991 ersuchte. Der Rat prüfte das Gesetz auf seiner einundzwanzigsten außerordentlichen Tagung vom 2. April 2004 in Genf (vergleiche Dokument [C\(Extr.\)/21/6](#) „Bericht“, Absatz 7) und entschied:

„a) die Regierung Armeniens davon zu unterrichten, dass das Gesetz der Republik Armenien über den Schutz von Züchtungsergebnissen (das Gesetz) in seinen wesentlichen Bestimmungen dem Inhalt der Akte von 1991 entspricht und dass sie eine Urkunde über den Beitritt zur Akte von 1991 hinterlegen kann; und

„b) der Regierung Armeniens außerdem mitzuteilen, dass sie den Wortlaut ihrer Gesetzgebung gemäß den Empfehlungen in Dokument [C\(Extr.\)/21/2](#) ändern und ergänzen möge, um den Rückgriff auf den allgemeinen Grundsatz in Artikel 2 des Gesetzes zu vermeiden.“

5. Anlässlich einer Sitzung mit Frau Satenik Abgarian, Stellvertretende Ständige Vertreterin bei der Welthandelsorganisation, und dem Verbandsbüro am 24. Juni 2010 berichtete Frau Abgarian, dass das Gesetz, das die Grundlage für die positive Entscheidung des Rates von 2004 über den Beitritt zum UPOV-Übereinkommen bildete, nicht mehr maßgeblich sei. Am 22. Juli 2010 gab das Verbandsbüro Bemerkungen zum Gesetzentwurf von 2010 ab und teilte den zuständigen Behörden mit, dass der Gesetzentwurf nach seiner Fertigstellung dem Rat zur Prüfung seiner Vereinbarkeit mit dem UPOV-Übereinkommen vorgelegt werden müsse.

6. Von Juli 2010 bis September 2022 gab das Verbandsbüro Bemerkungen zu verschiedenen Gesetzentwürfen ab.

7. Mit Schreiben vom 22. September 2022 an den Generalsekretär der UPOV, das auch am 22. September 2022 eingegangen ist, ersuchte Seine Exzellenz, Herr Vahan Kerobyan, Minister für Wirtschaft, Wirtschaftsministerium der Republik Armenien, um Prüfung der Vereinbarkeit des Entwurfs des Gesetzes über den Schutz von Pflanzenzüchtungen von Armenien (nachstehend der „Gesetzentwurf“) mit der Akte von 1991 des UPOV-Übereinkommens (nachstehend „Akte von 1991“). Das Schreiben ist in Anlage I dieses Dokuments wiedergegeben. Anlage II enthält eine Abschrift des Gesetzentwurfs auf Englisch.

GRUNDLAGE FÜR DEN SCHUTZ VON PFLANZENZÜCHTUNGEN IN ARMENIEN

8. In Armenien wird der Schutz von Pflanzenzüchtungen gemäß der Akte von 1991 des UPOV-Übereinkommens dem Gesetzentwurf unterstehen, sobald dieser angenommen wurde. Eine Analyse des Gesetzentwurfs folgt in der Reihenfolge der wesentlichen Bestimmungen der Akte von 1991.

Artikel 1 der Akte von 1991: Begriffsbestimmungen

9. Artikel 2 Absatz 1 Buchstabe 1 und 3 des Gesetzentwurfs enthalten Begriffsbestimmungen von Sorte und Züchter, die den Begriffsbestimmungen in Artikel 1 Nummer iv bzw. vi der Akte von 1991 entsprechen.

Artikel 2 der Akte von 1991: Grundlegende Verpflichtung der Vertragsparteien

10. Artikel 1 des Gesetzentwurfs enthält Bestimmungen, die der grundlegenden Verpflichtung in Artikel 2 der Akte von 1991 entsprechen.

Artikel 3 der Akte von 1991: Gattungen und Arten, die geschützt werden müssen

11. Artikel 3 Absatz 2 des Gesetzentwurfs lautet folgendermaßen:

„2. Dieses Gesetz gilt von dem Zeitpunkt seines Inkrafttretens an für alle Pflanzengattungen und -arten.“

12. Artikel 3 Absatz 2 des Gesetzentwurfs entspricht der Verpflichtung in Artikel 3 Absatz 2 der Akte von 1991.

Artikel 4 der Akte von 1991: Inländerbehandlung

13. Artikel 3 Absatz 1 des Gesetzentwurfs enthält Bestimmungen über die Inländerbehandlung, die den Bestimmungen in Artikel 4 der Akte von 1991 entsprechen.

Artikel 5 bis 9 der Akte von 1991: Schutzvoraussetzungen, Neuheit, Unterscheidbarkeit, Homogenität, Beständigkeit

14. Die Artikel 4 bis 8 des Gesetzentwurfs enthalten Bestimmungen über die Schutzvoraussetzungen, die den Bestimmungen der Artikel 5 bis 9 der Akte von 1991 entsprechen.

Artikel 10 der Akte von 1991: Einreichung von Anträgen

15. Artikel 9 des Gesetzentwurfs enthält Bestimmungen zur Einreichung von Anträgen. Der Gesetzentwurf scheint keine Bestimmungen zu enthalten, die in Widerspruch zu Artikel 10 der Akte von 1991 stehen.

Artikel 11 der Akte von 1991: Priorität

16. Artikel 10 des Gesetzentwurfs enthält Bestimmungen zum Prioritätsrecht, die den Bestimmungen in Artikel 11 der Akte von 1991 entsprechen.

Artikel 12 der Akte von 1991: Prüfung des Antrags

17. Artikel 11 des Gesetzentwurfs enthält Bestimmungen über die Prüfung des Antrags, die den Bestimmungen in Artikel 12 der Akte von 1991 entsprechen.

Artikel 13 der Akte von 1991: Vorläufiger Schutz

18. Artikel 12 des Gesetzentwurfs enthält Bestimmungen über den vorläufigen Schutz, die den Bestimmungen in Artikel 13 der Akte von 1991 entsprechen.

Artikel 14 der Akte von 1991: Inhalt des Züchterrechts

19. Artikel 13 des Gesetzentwurfs enthält Bestimmungen über den Inhalt des Züchterrechts, die den Bestimmungen von Artikel 14 der Akte von 1991 entsprechen.

Artikel 15 der Akte von 1991: Ausnahmen vom Züchterrecht

20. Artikel 14 Absatz 1 des Gesetzentwurfs enthält Bestimmungen über die verbindlichen Ausnahmen vom Züchterrecht, die den Bestimmungen in Artikel 15 Absatz 1 der Akte von 1991 entsprechen.

21. Artikel 14 Absatz 2 bis 4 des Gesetzentwurfs enthält Bestimmungen zur freigestellten Ausnahme gemäß Artikel 15 Absatz 2 der Akte von 1991 wie folgt:

„2) Es gilt nicht als Verletzung des Züchterrechts, wenn Landwirte in angemessenem Rahmen und unter Wahrung der berechtigten Interessen der Züchter das Erntegut, das sie aus dem Anbau von geschützten oder in Artikel 13 Teil 4 Absatz 1 oder 2 dieses Gesetzes erwähnten Sorten, die in der Liste der vorgeschriebenen landwirtschaftlichen Kulturpflanzen aufgenommen sind, im eigenen Betrieb gewonnen haben, im eigenen Betrieb zum Zwecke der Vermehrung verwenden.

3) Die Liste der landwirtschaftlichen Arten wird von der Behörde der Regierung festgelegt. Die Sorten von Obst-, Zier-, Gemüse- und Forstpflanzen sind von der in Teil 2 genannten Ausnahme ausgeschlossen.

4) Der angemessene Rahmen und die Mittel zur Wahrung der berechtigten Interessen der Züchter, wie in Teil 2 genannt, sind in der Verordnung festgelegt.“

Artikel 16 der Akte von 1991: Erschöpfung des Züchterrechts

22. Artikel 15 des Gesetzentwurfs enthält Bestimmungen über die Erschöpfung des Züchterrechts, die den Bestimmungen in Artikel 16 der Akte von 1991 entsprechen.

Artikel 17 der Akte von 1991: Beschränkungen in der Ausübung des Züchterrechts

23. Artikel 16 des Gesetzentwurfs enthält Bestimmungen über Beschränkungen in der Ausübung des Züchterrechts, die den Bestimmungen in Artikel 17 der Akte von 1991 entsprechen.

Artikel 18 der Akte von 1991: Maßnahmen zur Regelung des Handels

24. Artikel 17 des Gesetzentwurfs enthält Bestimmungen über Maßnahmen zur Regelung des Handels, die den Bestimmungen in Artikel 18 der Akte von 1991 entsprechen. Der Gesetzentwurf scheint keine Bestimmungen zu enthalten, die in Widerspruch zu Artikel 18 der Akte von 1991 stehen.

Artikel 19 der Akte von 1991: Dauer des Züchterrechts

25. Artikel 18 des Gesetzentwurfs enthält Bestimmungen über die Dauer des Züchterrechts, die den Bestimmungen in Artikel 19 der Akte von 1991 entsprechen.

Artikel 20 der Akte von 1991: Sortenbezeichnung

26. Artikel 19 des Gesetzentwurfs enthält Bestimmungen über Sortenbezeichnungen, die den Bestimmungen in Artikel 20 der Akte von 1991 entsprechen.

Artikel 21 der Akte von 1991: Nichtigkeit des Züchterrechts

27. Artikel 20 des Gesetzentwurfs enthält Bestimmungen über die Nichtigkeit des Züchterrechts, die den Bestimmungen in Artikel 21 der Akte von 1991 entsprechen.

Artikel 22 der Akte von 1991: Aufhebung des Züchterrechts

28. Artikel 21 des Gesetzentwurfs enthält Bestimmungen über die Aufhebung des Züchterrechts, die den Bestimmungen von Artikel 22 der Akte von 1991 entsprechen.

Artikel 30 der Akte von 1991: Anwendung des Übereinkommens

29. Hinsichtlich der Verpflichtung „geeignete Rechtsmittel [vorzusehen], die eine wirksame Wahrung der Züchterrechte ermöglichen“ (Artikel 30 Absatz 1 Nummer i der Akte von 1991), enthält Artikel 22 des Gesetzentwurfs Bestimmungen über die verfügbaren Maßnahmen zur Wahrung der Züchterrechte.

30. Artikel 2 Absatz 1 Buchstabe 4 des Gesetzentwurfs bestimmt, dass die Behörde, die mit der Erteilung der Züchterrechte beauftragt ist, das Wirtschaftsministerium von Armenien ist, wie in Artikel 30 Absatz 1 Nummer ii der Akte von 1991 vorgeschrieben.

31. Artikel 23 des Gesetzentwurfs entspricht der Verpflichtung zur Veröffentlichung von Mitteilungen über Anträge auf und Erteilung von Züchterrechten sowie über die vorgeschlagenen und genehmigten Sortenbezeichnungen gemäß Artikel 30 Absatz 1 Nummer iii der Akte von 1991.

Allgemeine Schlussfolgerung

32. Nach Ansicht des Verbandsbüros enthält der Gesetzentwurf die wesentlichen Bestimmungen der Akte von 1991. Auf dieser Grundlage wird Armenien in der Lage sein, den Bestimmungen der Akte von 1991 „Wirkung zu verleihen“, wie in deren Artikel 30 Absatz 2 vorgeschrieben wird, sobald der Gesetzentwurf ohne Änderungen angenommen wurde und das Gesetz in Kraft getreten ist.

33. *Der Rat wird ersucht,*

a) die Analyse in diesem Dokument zur Kenntnis zu nehmen;

b) eine positive Entscheidung über die Vereinbarkeit des Entwurfs des Gesetzes über den Schutz von Pflanzenzüchtungen von Armenien mit den Bestimmungen der Akte von 1991 des Internationalen Übereinkommens zum Schutz von Pflanzenzüchtungen zu treffen, die es Armenien ermöglicht, seine Beitrittsurkunde zur Akte von 1991 zu hinterlegen, sobald der Gesetzentwurf ohne Änderungen angenommen wurde und das Gesetz in Kraft getreten ist; und

c) den Generalsekretär zu ermächtigen, die Regierung von Armenien über diese Entscheidung zu unterrichten.

Übersetzung des Originaldokuments aus dem Englischen

Schreiben von: VAHAN KEROBYAN
Minister
Wirtschaftsministerium der Republik Armenien
M. Mkrtchian 5, Yerevan, 0010, Tel. (+374-11) 59-72-07, Fax.(+374-10) 52-65-77
URL: www.mineconomy.am, E-Mail: secretariat@mineconomy.am

An: Herrn Daren Tang
Generalsekretär der UPOV
Internationaler Verband zum Schutz von Pflanzenzüchtungen (UPOV)
34, chemin des Colombettes
1211 Genf 20
Schweiz

22.09.2022

Sehr geehrter Generalsekretär Tang,

ich freue mich, Ihnen mitzuteilen, dass die Nationalversammlung der Republik Armenien dabei ist, den Gesetzentwurf „zum Schutz von Pflanzenzüchtungen“ zu verabschieden.

Das Wirtschaftsministerium der Republik Armenien beabsichtigt, dem Internationalen Übereinkommen zum Schutz von Pflanzenzüchtungen vom 2. Dezember 1961, revidiert in Genf am 10. November 1972, am 23. Oktober 1978 und am 19. März 1991, (UPOV-Übereinkommen) beizutreten.

Gemäß den Bestimmungen von Artikel 34 Absatz 3 des UPOV-Übereinkommens würde ich es sehr schätzen, wenn der Rat der UPOV die Vereinbarkeit des Gesetzentwurfs der Republik Armenien mit den Bestimmungen des UPOV-Übereinkommens prüfen könnte.

Mit freundlichen Grüßen,
VAHAN KEROBYAN

Anlage: Übersetzung des Gesetzentwurfs ins Englische

[Anlage II folgt]

DRAFT LAW
OF THE REPUBLIC OF ARMENIA

ON THE PROTECTION OF VARIETIES OF PLANTS

CHAPTER 1.

GENERAL PROVISIONS

Article 1. Subject matter of the Law

1. This Law shall regulate the relations pertaining to the breeding, use, protection of varieties of plants, the breeder's right, the nullity thereof and the grant of a title, or cancellation of that right.

Article 2. Main concepts used in the Law

1. The following main concepts shall be used in this Law:

(1) **breeder** –

- a. the person, who bred, discovered and developed any variety;
- b. the person, who is the employer of the person who bred, discovered and developed, a variety or who has commissioned the latter's work, unless otherwise provided for by the employment or civil law contracts concluded between them;
- c. the person, who is the successor in title of persons referred to in sub-points "a" and "b" of point 1 of part 1 of this Article;

- (2) **breeder's right** – the right of the breeder prescribed by this Law, which is certified by a licence granted to the breeder;

- (3) **variety** – a plant grouping within a single botanical taxon of the lowest known rank, which irrespective of whether the conditions for the granting of a breeder's right are fully met, can be:
- a. defined by the expression of the characteristics resulting from a given genotype or combination of genotypes;
 - b. distinguished from any other plant grouping by the expression of at least one of the said characteristics;
 - c. considered as a unit with regard to its suitability for being propagated unchanged;
- (4) **authority** – Ministry of Economy of the Republic of Armenia;
- (5) **UPOV** (hereinafter referred to as "UPOV") – International Union for the Protection of New Varieties of Plants, founded by the International Convention for the Protection of New Varieties of Plants of 1961 and further revised by Acts of 1972, 1978 and 1991;
- (6) **member of UPOV** – a Member State to the Act of 1978, or a Contracting Party to the Act of 1991 of the UPOV Convention of 1961;
- (7) **propagating material** (planting material) – a plant or a part of a plant used for reproduction of a variety;
- (8) **harvested material** – a plant or a part of a plant used for the purpose other than reproduction of a variety;
- (9) **nationals** – nationals of an UPOV Member State or nationals of a Member State of an intergovernmental organisation which is a member to UPOV.

Article 3. Scope of application of the Law

1. The provisions of this Law shall equally apply in relation to both nationals, natural or legal persons of the Republic of Armenia and nationals, natural or legal persons of UPOV Members, residing or operating in an UPOV Member.
2. This Law shall be applied on the date of its coming into force to all plant genera and species

CHAPTER 2.

***CONDITIONS AND CRITERIA FOR THE GRANT OF LEGAL PROTECTION
FOR VARIETIES OF PLANTS***

**Article 4. Conditions for the grant of legal protection
for varieties of plants**

1. The breeder's right shall be granted where the criteria for the grant of that right for the variety are satisfied.

The breeder's right shall be granted where the variety is:

- (1) new;
 - (2) distinct;
 - (3) uniform;
 - (4) stable.
2. The grant of the breeder's right may not be subject to any further conditions or differ from the criteria listed in part 1 of this Article, provided that the variety is designated by a denomination in accordance with the provisions of Article 19 of this Law, and the applicant complies with the formalities provided for by this Law, and that the applicant makes the payments of the required state duties prescribed by the Law of the Republic of Armenia "On state duty".

Article 5. Novelty

The variety shall be deemed to be new where, at the date of filing of the application for a breeder's rights, propagating or harvested material of the variety has not been sold or otherwise disposed of to other persons, by or with the consent of the breeder, for purposes of the exploitation of the variety:

- 1) in the territory of the Republic of Armenia, in which the application has been filed earlier than one year before the application date;
- 2) in a territory of another state, earlier than four years or, in the case of fruit trees and of vines, earlier than six years before the said date.

Article 6. Distinctness

The variety shall be deemed to be distinct where it is clearly distinguishable from any other variety whose existence is a matter of common knowledge at the time of the filing of the application. In particular, the filing of an application for the granting of breeder's rights or for the entering of another variety in an official register of varieties, in any country, shall be deemed to render that other variety a matter of common knowledge from the date of filing in the application, provided that the filing in the given application leads to the granting of a breeder's right or to the entering of the said variety in the official register of varieties.

Article 7. Uniformity

1. The variety shall be deemed to be uniform if subject to the variation that may be expected from the particular features of its propagation, it is sufficiently uniform in its relevant characteristics.

Article 8. Stability

The variety shall be deemed to be stable if its relevant characteristics remain unchanged after repeated propagation or, in the case of a particular cycle of propagation, at the end of each such cycle.

CHAPTER 3.

APPLICATION FOR THE GRANT OF THE BREEDER'S RIGHT

Article 9. Filing of applications

1. The date of receipt of the application by the authority shall be deemed to be the date of filing of the application for a breeder's right.
2. The application must contain:
 - (1) the written request;
 - (2) the variety denomination;
 - (3) the variety description;
 - (4) the receipt for payment of the state duty in the prescribed amount.

3. The requirements for the forms of the documents of the application shall be prescribed by the authority.
4. A new application shall be filed in for each variety.

Article 10. Right of priority

1. Everyone who has filed an application for the protection of a new variety of a plant in one of the UPOV Members shall enjoy, for a period of 12 months, a right of priority for the purpose of filing an application for the granting of a breeder's right for the same variety with the authority of another UPOV member. This period shall be computed from the date of filing of the first application.

The date of filing in the application shall not be computed in the period referred to in part 1 of this Article.

2. In order to enjoy the right of priority, the breeder must, in the application filed with the authority, include information about the priority of the first application. The applicant shall be obliged to furnish, within a period of not less than three months from the date of filling in the application, copies of the documents of the first application, validated by the authority having issued the first application, as well as samples or other evidence that the variety which is the subject matter of both applications is the same.
3. Filing of a new application or the publication or use of the variety within the period prescribed by part 1 of this Article may not constitute a ground for rejecting the application, as well as may not give rise to any third-party right.
4. The breeder shall be allowed a period of two years after the expiration of the period of priority or, where the first application is rejected or withdrawn, an appropriate time, after such rejection or withdrawal, in which to furnish, to the authority, any necessary information, document or material required for the purpose of the examination under Article 11.

Article 11. Granting of the breeder's right

1. The decision on granting or rejecting the breeder's right shall be rendered within a period of one month following the examination for compliance with the requirements for legal protection of new varieties of plants, provided for by Articles 4 to 8 of this Law. In the course of the examination, the authority may grow the variety or carry out necessary tests, cause the growing of the variety or the carrying out of other tests, or take into account the results of tests which have already been carried out.
2. For the purposes of carrying out tests and examinations, the authority may require the breeder to furnish the necessary information, documents or materials deriving from this Law.

3. The granting of the breeder's right may not be rejected, or this right may not be terminated by the authority on the ground of not granting previously the protection of the variety, rejecting the protection or expiration of the time limit thereof in another state or intergovernmental organisation.

Article 12. Provisional protection

1. With a view to protecting the interests of the breeder, the breeder shall be provided provisional protection of breeder's rights during the period between the filing of the application for the grant of a breeder's right and the grant of the breeder's right.
2. Provisional protection covers all those rights, which are granted in case of being granted the breeder's right.
3. The applicant is considered to be the holder of a breeder's right in relation to any person who, during the period provided in paragraph (1) has carried out acts which, once the right is granted, require the breeder's authorization as provided in Article 13. The applicant shall have the same rights to enter into license agreements and to initiate legal proceedings as if on the *filing* date the breeder's right had been granted to the applicant in respect of the variety concerned. The rights conferred under this paragraph shall be deemed never to have been conferred if the right is not granted.
4. Provisional protection shall only take effect in relation to persons whom the breeder has notified of the filing of the application.

CHAPTER 4.

THE RIGHTS OF THE BREEDER

Article 13. Exclusive rights of the breeder

1. Subject to Articles 14 and 15 of this Law, the following acts – referred to in this Article – in respect of propagating material of the protected variety shall require the authorisation of the breeder:
 - (1) production or reproduction (multiplication);
 - (2) conditioning for the purpose of propagation;
 - (3) offering for sale;

- (4) selling or other marketing;
 - (5) exporting;
 - (6) importing;
 - (7) stocking for the purposes mentioned in points 1 to 6 of part 1 of this Article.
2. The breeder may make his authorisation subject to conditions and limitations.
3. Subject to Articles 14 and 15, the acts referred to in points 1 to 7 of part 1 of this Article, in respect of harvested material, including entire plants and parts of plants, obtained through the unauthorised use of propagating material of the protected variety shall require the authorisation of the breeder, unless the breeder has had a reasonable opportunity to exercise his right in relation to the said harvested material.
4. Provisions of parts 1 to 3 of this Article shall also extend in relation to:
 - (1) variety, which are essentially derived from the protected variety, where the protected variety is not itself an essentially derived variety;
 - (2) varieties which are not clearly distinguishable in accordance with the provisions of Article 6 of this Law from the protected variety;
 - (3) varieties whose production requires the repeated use of the protected variety.
5. A variety shall be deemed to be essentially derived from another variety where:
 - (1) it is predominantly derived from the initial variety, or from a variety that is itself predominantly derived from the initial variety, while retaining the expression of the essential characteristics that result from the genotype or combination of genotypes of the initial variety;
 - (2) it is clearly distinguishable from the initial variety;
 - (3) except for the differences which result from the act of derivation, it conforms to the initial variety in the expression of the essential characteristics that result from the genotype or combination of genotypes of the initial variety,
6. Essentially derived varieties may be obtained by the selection of a natural or induced mutant, or of a somaclonal variant, or the selection of a variant individual from plants of the initial variety, backcrossing, or transformation by genetic engineering.

Article 14. Exceptions to the breeder's right

1. The breeder's right shall not extend to
 - (1) acts done privately and for non-commercial purposes;
 - (2) acts done for experimental purposes;
 - (3) acts done for the purpose of breeding other varieties, and, except where the provisions of part 4 of Article 13 apply, acts provided for by parts 1 to 3 of Article 13 in respect of such other varieties.
2. It is not considered as infringing the breeders' rights, if within reasonable limits and subject to safeguarding the legitimate interests of the breeders, farmers use, for propagating purposes, on their own holdings, the product of the harvest which they have obtained by planting, on their own holdings, the protected varieties or varieties covered by part 4 (1) or (2) of Article 13 of this Law included in the list of prescribed agricultural crops.
3. The authority body of the Government shall prescribe the list of agricultural crops. The varieties of fruits, ornamentals, vegetables and forest plants are excluded from the exception referred to in part 2.
4. The reasonable limits and the means of safeguarding the legitimate interests of the breeders, referred to in part 2, shall be specified in the Regulations.

Article 15. Exhaustion of the breeder's right

1. The breeder's right shall not extend to acts concerning any material of the protected variety, or of a variety covered by part 4 of Article 13 of this Law, which has been sold or otherwise marketed by the breeder or with the latter's consent in the territory of the Republic of Armenia, or any material derived from the said material, unless such acts:
 - (1) involve further propagation of the variety in question; or
 - (2) involve an export of material of the variety, which enables the propagation of the variety, into a countrywhich does not protect varieties of the said plant genus or species, to which the variety belongs, except where the exported material is for final consumption purposes.

2. In this Article, the term “material” in relation to a variety means:

- (1) propagating material of any kind;
- (2) harvested material, including entire plants and parts of plants;
- (3) any product made directly from the harvested material.

Article 16. Restrictions on the exercise of the breeder’s right

1. Except for the cases prescribed by this Law, the free exercise of the breeder's right may be restricted only for reasons of public interest.
2. When any such restriction has the effect of the authority authorizing a third party to perform any act for which the breeder’s authorization is required, the breeder shall receive equitable remuneration.

Article 17. Measures regulating commerce

The breeder’s right shall be independent of any measure taken to regulate the production, certification and marketing of material of varieties, or the importing or exporting of such materials. In any case, such measures shall not affect the application of the provisions of this Law.

Article 18. Duration of the breeder’s right

The breeder’s right shall be granted for a period of 20 years from the date of the grant of the breeder’s right. For fruit trees and vines, the said period shall be 25 years from the said date.

CHAPTER 5.

VARIETY DENOMINATION

Article 19. Variety denomination and use of denomination

1. Every variety must be designated by a denomination which will be its generic designation and must enable the variety to be identified. Subject to part 4 of this Article, no rights in the designation registered as the denomination of the variety shall hamper the free use of the denomination, even after the expiration of the breeder's right.
2. The denomination may not consist of solely of figures, except where this is an established practice for designating varieties. It must not be liable to mislead or to cause confusion concerning the characteristics, value or identity of the variety or the identity of the breeder. In particular it must be different from every denomination which designates, in the territory of any UPOV Member, an existing variety of the same plant species or of a closely related species.
3. The variety denomination shall be submitted by the breeder to the authority. Where it is found that this denomination does not satisfy the requirements of part 2 of this Article, the authority shall refuse to register it and shall require the breeder to propose another denomination within a prescribed period. The variety denomination shall be registered by the authority at the same time as the breeder's right is granted.
4. Prior rights of third persons shall not be affected. If by reason of a prior right, the use of the variety denomination is forbidden to a person who, in accordance with the provisions of part 8 of this Article, is obliged to use it, the authority shall require the breeder to submit another denomination for the variety.
5. A variety must be submitted to all UPOV Members under the same denomination. The authority shall register the denomination submitted in accordance with the provisions of this Article, unless it considers the denomination unsuitable. Where the denomination is considered unsuitable, the authority shall require the breeder to submit another denomination.
6. The authority shall ensure that all competent authorities of the members of UPOV are informed of matters concerning variety denominations, in particular the submission, registration and cancellation of denominations.
7. Every competent authority of a member of UPOV may address its observations on the submission, registration or cancellation of a variety denomination to the authority.
8. Any person who, in the territory of the Republic of the Armenia, offers for sale or markets propagating

material of a protected variety shall be obliged to use the denomination of that variety, even after the expiration of the breeder's right for that variety, except where, in accordance with the provisions of part 4 of this Article, prior rights prevent such use.

9. When a variety is offered for sale or marketed, it shall be permitted to associate a trademark, trade name or other similar indication with a registered variety denomination. If such an indication is so associated, the variety denomination must be easily recognisable.

CHAPTER 6.

NULLITY AND CANCELLATION OF THE BREEDER'S RIGHT

Article 20. Nullity of the breeder's right

1. The breeder's right shall be declared null and void through judicial procedure when it is established that:
 - (1) the conditions laid down in Articles 5 or 6 were not complied with at the time of the grant of the breeder's right;
 - (2) where the grant of the breeder's right has been essentially based upon information and documents furnished by the breeder, the conditions laid down in Articles 7 or 8 were not complied with at the time of the grant of the breeder's right;
 - (3) the breeder's right has been granted to a person who is not entitled to it, unless it is transferred to the person who is so entitled.
2. No breeder's right shall be declared null and void, except for the cases provided for by point 1 of this Article.

Article 21. Cancellation of the breeder's right

1. The breeder's right may be cancelled, where:
 - (1) it is established that the conditions prescribed by Articles 7 or 8 of this Law are no longer fulfilled;
 - (2) after being requested to do so and within a prescribed period:
 - a. the breeder is not able to provide the authority with the information, documents or materials deemed necessary for verifying and maintaining the variety;
 - b. the breeder does not propose another denomination, where the variety denomination is cancelled after the grant of the breeder's right.
 - c. the breeder fails to pay such fees as may be payable to keep his right in force.
2. No breeder's right shall be cancelled except for the cases provided for by part 1 of this Article.

CHAPTER 7.

APPLICATION OF THE LAW AND FINAL PROVISIONS

Article 22. Liability in case of violation of this Law

1. Violation of the requirements of this Law shall entail civil liability prescribed by the law of the Republic of Armenia.

Article 23. Publication of official information

1. Public awareness shall be ensured by the authority:
 - (1) through publication of information regarding the applications submitted for the grants of the breeder's right and the grant of the right.
 - (2) through publication of proposed and approved variety denominations.

**Article 24. Powers of the Government of the Republic of Armenia
in the sector of protection of varieties of plants**

1. The Government of the Republic of Armenia shall approve:
 - (1) the procedure for the grant of the breeder's right, examination of denomination proposed for the new variety, the list of the necessary information, documents or materials submitted for tests;
 - (2) the procedure for publication of information on application submitted for the grant of the breeder's right and the grant of the right, of proposed and approved variety denominations;
 - (3) the procedure for appeals;
 - (4) the procedure for keeping a register of persons having the breeder's right;
 - (5) the procedure for cancellation of the breeder's right.

CHAPTER 8.

TRANSITIONAL PROVISIONS AND ENTRY INTO FORCE

Article 25. Previous titles

1. Before entry into force of this Law, according to the Law of the Republic of Armenia "On the protection of selection achievements", the rights of the persons having received patents on selection achievements in cultivation of plants shall, following the entry into force of this Law, continue to be exercised, as prescribed by this Law.

Article 26. *Entry into force*

1. This Law shall enter into force on the tenth day following the day of its official promulgation.
2. The Law "On the Protection of Plant Varieties" shall be repealed from the moment of entry into force of this law.

Article 27. Transitional provisions

The legal acts provided for by Article 9, part 3, Article 14, part 3 and 4, and Article 24 of this law shall be adopted within six months after the official publication of the law.

[End of Annex II and of document /
Fin de l'Annexe II et du document /
Ende der Anlage II und des Dokuments /
Fin del Anexo II y del documento]